

# apflspalten

14. Jg. Nr.1 4/2006



aktive pflichtschullehrerInnen  
unabhängige gewerkschafterInnen



pfli  
ig

## INHALT

14.Jg. Nr. 1, 04/2006

	Seite 2
<b>aufg'muckt</b>	Seite 3
<b>ÖGB unterm Hammer</b>	Seite 4
<b>40 Jahre PTS</b>	Seite 6
<b>Volksschullehrerin?</b>	Seite 8
<b>Neue Computer für alle</b>	Seite 8
<b>KMS</b>	Seite 10
<b>Rauchen?</b>	
<b>Ja aber im Regen</b>	

## IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 23 des Mediengesetzes.

Herausgeber: ÖLI-UG, Landesgruppe Wien der PfllichtschullehrerInnen, apflug.

Medieninhaber und für den Inhalt

verantwortlich: Kurt MUCK

Redaktionelle Betreuung: G. BOGDAN

Layout: Gerhard MALLER

Alle 2484 Weigelsdorf, Schotterweg 14

Tel. 06991/108\*39\*26

e-mail: k.muck@apflug.at

Blattlinie:

Beitrag zu mehr Demokratie in PV und Gewerkschaft.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.

# aufg'muckt

## Und wieder einmal Pensionen



Es hat nicht lange gedauert und sie wurden wieder hervor gelockt, die Pensionsexperten. Die Fachleute von Regierungsgnaden. Jetzt dürfen sie wieder die abstrusesten Ideen in den Medien verbreiten. Je radikaler die Vorschläge, deso lieber werden sie unters Volk gebracht. Sind sie doch die Wegbereiter für künftige Sparmaßnahmen.

Es wird ja wohl kaum jemandem entgangen sein, dass sich der Staat gefälligst aus der Materie rund um die Pensionen heraus halten soll. So wollen es die, die an privater Vorsorge profitieren - also die großen Versicherungsunternehmen. Und darüber hinaus natürlich die, die immer nach „weniger Staat, mehr privat“ schreien. Willfährig wird dies von den politischen Handlangern der neoliberalen Umverteiler im Parlament durchgepeitscht.

Alles, was mit Geld zu tun hat, soll dem „freien Spiel der Kräfte“ unterliegen. Der Staat soll nur regulativ eingreifen, wo's dem Geldadel nützt. Wenn irgendwo was schief geht, da wird nach der öffentlichen Hand gerufen.

### Ein Beispiel gefällig?

Jetzt ist das dänische Modell der flexiblen Arbeitskräfte viel umjubelt. *Flexecurity* ist die Zauberformel. Die Unternehmer sollen die ArbeitnehmerInnen jederzeit kündigen dürfen. Der Staat übernimmt die Kosten der Arbeitslosen in der Höhe von 80% des letzten Lohns bei Verpflichtung, so schnell wie möglich die Gekündigten wieder zu vermitteln. Wenn allerdings die Arbeit nicht angenommen wird, so verliert der Betreffende die staatliche Unterstützung. Die Gesellschaft, also wir SteuerzahlerInnen, fangen die Gefeuerten auf. Ein vornehmer Akt der Solidarität. Die Betriebe können auf Teufel komm raus *hire and fire* spielen und der Staat - die Solidargemeinschaft - darf einspringen. So kann man den

Solidargedanken auch pervertieren

### Und bei den Pensionen?

Entgegen der weit verbreiteten Meinung zahlen wir mit unseren Pensionsbeiträgen nicht eine Versicherung im herkömmlichen Sinn ein. Die eingehenden Beiträge werden herangezogen, die anfallenden Pensionen zu bezahlen. (Der Staat und die Arbeitgeber schießen noch zu.) Der sogenannte „Generationenvertrag“ macht's möglich. Demnach sichern die jetzt Aktiven den Lebensunterhalt der *nicht mehr* oder *noch nicht* Aktiven ab. Das hat beileibe nichts mit Schmarotzertum zu tun, sondern stellt einen beispiellosen gesellschaftlichen Solidarakt dar. Das ist zwar gewachsener Brauch, dass die Jungen für die Alten sorgen, aber keineswegs überlebt. Es ist die gesellschaftliche Absicherung des Individuums.

Mit der jetzigen Kampagne gegen die Sicherheit des Individuums unter dem Schlagwort „Eigenverantwortlichkeit“ soll dieser Solidarakt als unzeitgemäß dargestellt werden. Der Staat soll entlastet werden. Das frei werdende Geld der Wirtschaft zufließen

Die Frage ist wohl nicht schwer zu beantworten, welches der beiden Anwendungen der Solidarität der Gesellschaft mehr nützt und wer sie nur ausnützt. Die Antwort zeigt uns die echten Sozialschmarotzer.

## ÖGB unterm Hammer



*Kurt Muck,  
apfl-Personalvertreter im ZA*

Die erste Reaktion war: Erde tu dich auf und verschluck alles Grausliche, was da kolportiert wird. Und natürlich alle Ursachen dieser Enthüllungen gleich mit. Dann: Es sind ja Vorwahlzeiten. Es wird schon nicht so schlimm sein. Ein wahrer Kern ist sicher vorhanden, doch die Greuelpropaganda muss man genau nach dem Wahrheitsgehalt abklopfen. Die Dementis nach Glaubwürdigkeit untersuchen und Gegenargumente für die täglichen Auseinandersetzungen formulieren. Später: Die ersten Rücktritte. Zuerst der oberste Capo. Auch nicht sehr schlimm. Unser Herz hängt nicht so sehr an ihm. Aber immerhin ein nicht üblicher Schritt in Österreich und damit ein bisschen Anerkennung für ihn. Passt aber auch irgendwie zu seinem Stil der Unverbindlichkeit und Konfliktscheue.

Es wird von Erneuerung der Gewerkschaft gesprochen. Für uns eine erfreuliche Nachricht. Von Beginn an sind wir für Demokratisierung des Apparats auf- und eingetreten. Glasnost in einer von der Organisation her - nicht vom Inhalt und Anspruch - überkommenen Institution. (Wofür wir uns genug Tadel von den rechten und linken Apparatschiks einhandelten. Aber manche brauchen eben ein bisschen länger für Einsichten.)

Erleichterung auch durch Aussagen der Spitzen, dass die Bösen in Amerika säßen, praktisch nix mehr mit der BAWAG zu tun hätten, die Bank alles schadlos überstanden hätte und schließlich die Gewerkschaft - außer offenbar der Chef - von allem nix gewusst hätte.

Zur Wahl eines neuen Präsidenten wird ein Bundeskongress für Juni angekündigt. Schon 2 Monate früher, am 6. April, tritt der Bundesvorstand zusammen. Der als starker Mann kolportierte Herr Nürnberger verkündet, dass der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Herr Hundstorfer, neuer ÖGB-Präsident sein wird. Der Juni-Kongress wird kurzerhand abgesagt. - Nix mit Demokratie. Keine

Diskussion, keine Abstimmungen. Schließlich ist Krise angesagt. Da muss die starke Hand alles zusammen halten. Die Handlungsfähigkeit müsse gewährleistet sein. Bemühen im Vorstand um die Zustimmung von den bisher kaum beachteten kleinen Fraktionen (UG und GLB), denn wir alle sind die Gewerkschaft und in Zeiten wie diesen müssen die Reihen dicht geschlossen auftreten. Die beiden Kleinen stimmen trotzdem gegen diese Vorgehensweise.

Soweit die nächste große Enttäuschung. Müßig zu sagen - aber trotzdem: Nicht über die Kleinen, über die zwei Großen natürlich.

Die VP reibt sich die Hände. Will weis machen, dass die Verstrickung von Partei und Gewerkschaft ein konstitutives Merkmal der Roten sei. Lächerliche Anschwärzerei! Die Rote Parlamentsfraktion wiederum fürchtet dass dadurch etwas an ihr hängen bleibt und fordert vehement den Verkauf der BAWAG. Der Gewerkschaftsbank. Die das Vermögen des ÖGB anlegen und vermehren soll. Ein diesbezüglicher Beschluss wird gefasst. Beifall für den Einfall seitens der Schwarzen. Ein reflexartiger Einfall. Das Ding ist zu heiß geworden. Wer reibt sich jetzt die Hände?

Der mediale Rummel wird immer größer. Die Bank fürchtet den Abfluss von Spareinlagen. Versucht zu kalmieren. Die Zeitungen legen nach und es gelingt auch Sparer „abzuwerben“. Angeblich wurden schon 800 Mio abgezogen (Kurier). Und das obwohl die BAWAG eine Bank für Kleinanleger ist und Einlagen auf Sparbücher und Konten bis zu 20.000 auf jeden Fall durch die Einlagensicherung gedeckt sind.

Natürlich bleibt die Gewerkschaft von Panikstimmung nicht unberührt. Ohnehin schon Verdrossene und Entpolitisierte fanden eine „günstige Gelegenheit“ das trudelnde Schiff zu verlassen. Übrigens die GÖD soll angeblich zu den zwei am stärksten Betroffenen zählen. 1700 Austritte sind bereits gezählt. Darunter auch viele ÖAABlerInnen und LandeslehrerInnen.

Entgegen der früheren Beteuerungen, der ÖGB sei finanziell gut positioniert, gibt sich der jetzige neue Schatzmeister pessimistisch was die Bilanz anbelangt. Es ist von roten Zahlen die Rede. Rücklagen müssten aufgelöst werden, Personal soll abgebaut werden. Sieh da, sieh da. Auch hier keinerlei Garantie sofort Wahrheiten aufgetischt zu bekommen. Zugegeben wird immer nur das, was schon bewiesen ist.

Überraschend ist der Trommelwirbel gegen die Gewerkschaft an sich in Blütezeiten des Neoliberalismus durchaus nicht. Ein glühender Vertreter des NL verkündete schon in den frühen 90ern anzutreten, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaft zu zerstören. Er

filetierte nur seine eigene Fraktion und demontierte sich selbst.

Auch in diesem Bereich Fuchs gleich geschickter agiert der Kanzler. Das (übrigens gängige) fürs gesunde Volksempfinden aber wirtschaftskriminelle Verhalten der BAWAG- und ÖGB-Spitzen bietet sich die Gelegenheit die gewerkschaftliche Bewegung und die Sozialdemokratie zu desavouieren. Er stellt darüber hinaus die Wirtschaftskompetenz der Roten in Frage und gibt sich im übrigen väterlich, begütigend und nur um Österreich bemüht. Die Treibjagd läßt er den überwiegend VP-nahen Medien- die sich über Quoten freuen - und Parteifreunden über.

Den Wirtschaftsbossen passt das Aufhetzen übrigens gar nicht. Geschäfte machen kann man nur, wenn alles ruhig und zufrieden ist. Eine alte und erprobte österreichische Sozialpartner-Weisheit. Doch es muss eine Wahl geschlagen werden und die Causa ist ein aufgelegter Elfer für die VP. (Es wäre interessant wer den Stein ins Rollen brachte. Schließlich war die Sache bereits begraben und der Rasen drüber wieder lückenlos.)

Das Bemühen der politischen Vertreter der Wirtschaftsinteressen die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen ist durchsichtig. Austritte sind kontraproduktiv. Das Gegenteil wäre angebracht. Die Gewerkschaft zu stärken ist das Gebot der Stunde. Österreichweit, EU-weit und global. Eminent wichtig: Die Massen zu politisieren, aufzuklären, zu befähigen wirtschaftliche und politische Machenschaften zu durchschauen. Das ist lange vernachlässigte Aufgabe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung. Dazu bedarf es demokratischer Strukturen. Die Nachkriegskonstrukte stehen einem solchen Bemühen im Weg.

Daher steht unsere Forderung zu einer dringenden Reform des ÖGB.

- Demokratisierung des ÖGB (heißt Wahlen auf Landes- und Bundesebene)
- Klare Unvereinbarkeiten von Spitzenfunktionen und parteipolitischen Ämtern in gesetzgebenden Gremien
- Ausbau der Mitgliederrechte
- Einheitliches Minderheitenstatut für kleinere Fraktionen
- Verankerung von Urabstimmungen in existentiellen Fragen

Bankgeschäfte sind Geschäfte unter Wölfen. Vermögen in der heutigen Zeit verliert, wenn nicht ordentlich veranlagt. Gewerkschaftsvermögen kann nicht im Sparstrumpf aufbewahrt werden.

Prinzipiell kann die Unabhängigkeit der Gewerkschaft nur durch eigenes Vermögen gewährleistet werden.



## 40 Jahre PL bzw. PTS.

*Und wie weiter?*



Karl Fischbacher,  
apfl-Personalvertreter, PTS

### Am Anfang stand ein „Verrat“

1962 wurden acht Schulgesetze im Parlament beschlossen. Vier Jahre gab es Provisorien und 1966 war dann der § 27 des Schulpflichtgesetzes voll etabliert in Österreich: Der „Polytechnische Lehrgang“! Österreichs Schulwelt war da noch schwer in Ordnung. Die SPÖ hatte gerade auf ihre Politik der „Allgemeinen Mittelschule“ verzichtet und dem Konkordat zugestimmt. 1962 kam es dann zum „großen“ Kompromiss mit dem Bürgertum: Verzicht auf die Gemeinsame Schule „für“ Musisch-Pädagogisches Realgymnasium, zwei Züge in der HS und den Poly samt neuntem Schuljahr - all inclusive! Und weil alles so schön war, wurde auch noch die Zweidrittelmehrheit für alle nächsten Schulgesetze koalitionär beschlossen. *„Der Kampf in den eigenen Reihen war der schlimmste. Leicht wurde das Wort Verrat ausgesprochen, insbesondere in den Kreisen der Lehrer“*, SPÖ-Neugebauer damals über den Widerstand gegen die „Kapitulation“ der SPÖ-Spitze in der Frage der „Allgemeinen Mittelschule“.

Aus dem faulen großkoalitionären Parteiengefeilsche von 1962 war sozusagen ein Verfassungsgesetz erstanden - mit dem präzisen Bildungsauftrag an den Polytechnischen Lehrgang, jenen SchülerInnen, *„die weder eine mittlere oder höhere Schule besuchen, noch in der Volks-, Haupt- oder Sonderschule verblieben sind, die allgemeine Grundbildung im Hinblick auf das praktische Leben und die künftige Berufswelt zu festigen.“* (Hermann Schnell, Die österreichische Schule im Umbruch, 1974) „Insbesondere“ bei Mädchen sollte noch die hauswirtschaftliche Ausbildung gefördert werden! Wie beruhigend, alles blieb beim Alten. Und segmentiert! In weiter Ferne die Gymnasien. Die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen nicht ganz so unerreichbar. Der Poly kümmerte sich auch nicht um die „subproletarischen“ und gehandicapten Kids (die saßen in

Sonderschulklassen). Die Perspektive des Poly-SchülerInnenklientels war die des guten Handwerkers oder Facharbeiters. Meiner Erinnerung gemäß (aus den 1970er Jahren) waren es pro Klasse auch noch 28, 29, 30 Jugendliche, manche ebenfalls recht rüde und strikte in „Knaben“- und „Mädchenklassen“ getrennt. Doch die Wirtschaftskonjunktoren der Kleinbetriebe wie der Großen der Verstaatlichten, der Elektroindustrie, im Öffentlichen Dienst, ÖBB etc. mit ihren Lehrwerkstätten sogen en masse Lehrlinge auf. Und trotz der ersten Rezessionen in den 1970er Jahren stellte sich durch neues Wachstum und Staatsverschuldung sogar fast Vollbeschäftigung ein. Zwischen 1985 und 1995 nahmen die budgetären Ausgaben pro SchülerIn bei den PTS noch um 53% zu (Durchschnitt 42% - Franz Ofner, Bildungsfinanzierung in Österreich, schulheft 90/1998) während die KlassenschülerInnenzahlen zurück gingen. Bei uns an den PTS wurden (im Gegensatz zu AHS/BHS) die Stundenkontingente für Teamteaching, Klassenteilungen, Übungsgegenstände etc. noch erhöht. In dieser Zeit - kann ich mich noch gut erinnern - begannen sich auch bei uns immer mehr LehrerInnen für das Teamteaching zu interessieren. Und neben der Berufsorientierung wurde eine Vielfalt von künstlerischen, sozialen oder ökologischen Übungsgegenständen angeboten. Integrations- und Fachmittelschulklassen wurden eingerichtet. Irgendwie entstand so auch in der 9. Schulstufe da und dort so etwas wie eine lebendige Schule!

### **Bund und Land verschlechtern uns regelmäßig die Arbeitsbedingungen**

Im Schuljahr 2002/03 tauchten September/Oktobre auf der 9. Schulstufe „unerwartet“ rund 300 zusätzliche SchülerInnen auf, die offensichtlich zu spät nach Österreich zurück kamen, keine Lehrstelle gefunden hatten oder von weiterführenden Schulen ausgetreten waren. Wie auch immer, unsere Schulbürokratie war überfordert und in Zeiten verbotener Mehrdienstleistungen brach über einige PTS Wiens ein Schwall von Mehrdienstleistungen herein, die wir teilweise in schnell adaptierten Exposituren oder Lehrmittelzimmern ableisteten. Dieses Jahr war sozusagen eine Ausnahmesituation denn grundsätzlich waren 2002/03 schon längst durch Budgetbegleitgesetze und dem Wiener Finanzausgleich LehrerInnen- und Klassenstunden auf Kosten von Teamteaching-, Förder- oder Übungsstunden gekürzt worden. Da hatten sich also endlich in der 9. Schulstufe Partnerarbeit und Kreativität etabliert gehabt, wurden sie auch schon wieder abgeschafft! *„Zur Zeit schieben sich Bund und Land gegenseitig die Schuld für das Desaster zu. Das ist uns egal, wir wollen unter erträglichen Bedingungen unsere Arbeit tun! Gerade an den PTS haben sich die*

*pädagogischen und sozialen Aufgaben der KollegInnen in den letzten Jahren mit der anwachsenden Jugendarbeitslosigkeit vervielfacht. Bis hin zu individueller Betreuung wäre heute Berufsvorbereitung und psychisch-soziale Hilfestellung für unsere SchülerInnen notwendig. Aber gleichzeitig verschlechtern uns Bund und Land regelmäßig die Arbeitsbedingungen!“,* lautet es im Antrag der apfl in der Personalvertretung der PTS Wien im November 2003, was wohl unmissverständlich bis heute die Situation der PTS in Wien ausdrückt.

### **Und wie geht's weiter mit den PTS?**

Aus der Not überfüllter Klassen und abgebauter Teamarbeit haben bisher KollegInnen von drei PTS das Kleinklassenmodell eingeführt. 20 SchülerInnen, völlig ohne Teamteaching, sozusagen back to the (educational) roots, empfinden inzwischen etliche KollegInnen als erleichternd. Seit 1993 werden an einigen PTS auch „Kooperationsklassen“ geführt, in denen HauptschülerInnen zusammen gefasst werden, die in ihrer Pflichtschulzeit die 8. Schulstufe nicht erreichen würden. Wahrlich kein glorioses pädagogisches Konzept für Jugendliche aus größtenteils sozial benachteiligten bzw. prekären Familienverhältnissen. Auch wenn es in den Koop-Klassen noch begrenzte KlassenschülerInnenzahl (17) und durchgehendes Teamteaching gibt. Es gäbe eben nur zwei Möglichkeiten, diesen Kids wirklich auf ihrem Lebens- und Berufsweg zu helfen: In Ausbildungslehrgängen mit massiver sozialtherapeutischer, berufsvorbereitender und interkultureller Betreuung. Oder noch besser: In einer Gemeinsamen Schule und nicht konzentriert in Sonderklassen! Zu ersterem fehlt im EU-Staat der knappen Sozialbudgets das Geld; und die Gemeinsame Schule findet im Biedermeier-Staat Gehrers keine Gnade. Und so hat bereits 1999 eine Studie von Walter Weidinger ergeben, dass durch Rückgang der Geburtenrate und SchülerInnenströme zu AHS bzw. BMHS Wiener Volksschul- und Hauptschulstandorte ab 2005/06 massiver bedroht sind (und damit phasenverschoben auch die PTS). Über die PTS war in der Weidinger-Studie zu lesen, dass diese *„mit ihrer systemstörenden und wenig attraktiven Eiljährigkeit (...) noch stärker zur Warteschleife für Jobsuchende“* verkommen.

### **Widerstand**

und ein ein *Poly-LehrerInnen-Netzwerk* wird immer dringender. 2006 ist auch ein Wahljahr. Großes Wahljahr... das offensichtlich die „natürlichen“ SchülerInnenströme weg von den PTS noch erheblich verbreitern könnte. Denn, aufgeschreckt durch die Katastrophe ihrer Sozial- und

Bildungspolitik mit 71.000 jugendlichen Erwerbslosen und 20% österreichischen PISA-Jugendlichen in der „Risikogruppe“, mobilisiert die Schwarz-Orangene Regierung in aller Schnelle (und Sparsamkeit) das AMS. Schüssel rief Buchinger zu sich, etwas Pompöses für die Jugend zu tun! Jugendliche nach ihrem 9. Schuljahr, aber ohne Schulabschluss, werden somit ab sofort in den nächsten eineinhalb Jahren (!) in halbjährliche (!) Hauptschulabschluss- und andere „Education“-Kurse beordert. Ein pädagogischer Wahnsinn! Natürlich hat das alles nichts, aber schon gar nichts zu tun etwa mit Werbung für die Regierung, was Schwarz-Orange doch alles tun für die Jugendlichen. Noch rechtzeitig vor den Wahlen! Und so werden halt ab jetzt Jugendliche in Kurse gesteckt, zu 30st in AMS- und BFI-Räumen und Containern. Die Jugendlichen erhalten auch ein Taschengeld. Gut für sie! Unterrichtet werden sie von minder bezahlten KursleiterInnen, jedenfalls weniger gelohnt als LehrerInnen. Gut für die Regierung!

#### Die Crux

Und da sind wir auch schon bei der Crux der Sache. Rund ein Drittel der PTS- SchülerInnen befanden sich bisher im 10. Schuljahr. SchülerInnen, die uns dank Schüssel/Buchinger 2006/07 fehlen könnten! Es ist zu befürchten, dass diese Regierungs-Wahlpolitik dazu führen könnte, dass schon ab August/September 2006 die befristeten Verträge unserer PTS-KollegInnen nicht mehr verlängert werden!!!!

Die Zeit, unter welcher Regierung auch immer unter globalem neoliberalen Diktat, arbeitet nicht für uns. Druck von „unten“ ist notwendig, damit eine 180gradige Umkehr in der Bildungspolitik stattfindet.

Sinkende SchülerInnenzahlen müssen bedeuten

- ein Heruntersetzen der SchülerInnen/LehrerInnenverhältniszahl
- der Klasseneröffnungs- und Klassenschülerhöchstzahlen
- d.h. eine wesentliche Ausweitung der Dienstposten!

Wir Poly-LehrerInnen sollten natürlich mit so vielen anderen betroffenen Menschen- und Berufsgruppen kooperieren wie möglich (Eltern, SchülerInnen, Öffentlicher Dienst u.a.). Doch auch „alleine“ sind wir wer! Mensch denke nur einmal kurz daran, welchen Wirbel es Österreich-weit auslösen würde, wenn z.B. „nur“ die Poly-LehrerInnen Wiens einen Tag streiken würden - *„...gegen unerträgliche Ausbildungsbedingungen an den Schulen, gegen Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität - für die Zukunft der Arbeiterjugend“*

Dazu müssten sich die Poly-LehrerInnen vernetzen! Wer Interesse hat an einer Poly-Vernetzung sollte uns kontaktieren:

e-mail: k.paw.fischbacher@utanet.at / SMS: 0676 43 48 814



## Volksschullehrerin<sup>1)</sup>?

*Ja, Volksschullehrerin*

### Arbeitssituation

Ich bin eine von ????? Grundschullehrerinnen in Wien im 20. Bezirk, 9 Klassen, ca 200 SchülerInnen, weit über 90% davon mit Migrationshintergrund.

Migrationshintergrund im österreichischen Schulwesen bedeutet in der Regel doppelte Benachteiligung: eine sprachliche und eine wirtschaftliche (und ihre gegenseitigen Bedingtheiten<sup>2)</sup>: wirtschaftlich benachteiligte Gruppen neigen zu wenig Selbstbewusstsein, was wiederum den Spracherwerbsprozess ungünstig beeinflusst).

Nicht allein der ethnisch-sprachliche Status also, sondern vor allem der sozialökonomische Status der SchülerInnen (Bildungsbewusstsein, Bildungsabschlüsse der Eltern, Berufsposition, kulturelle Güter im Haushalt...) sind entscheidende Faktoren im Bildungsprozess.<sup>3)</sup> Die Haupthürde für die MigrantInnenkinder ist die soziale Schichtzugehörigkeit.<sup>4)</sup>

HilfsarbeiterIn und MigrantIn zu sein ist die Mischung, die zu Arbeitslosigkeit und Armut führt.<sup>5)</sup>

An meiner Schule und an allen Wiener Grundschulen stehen wir nun dieser mehrfach benachteiligten Gruppe gegenüber mit immer weniger Personal. Es gibt keine Supplierreserven. Direktorin und KollegInnen ersetzen kranke KollegInnen, ihre eigenen TeamlehrerInnenstunden entfallen. Eine Kollegin geht in Karenz, von den 22 Wochenstunden werden 11 nachbesetzt. In den ersten Klassen gibt es bei uns statt der bis zu 12 möglichen TeamlehrerInnenstunden nur noch 8, in den zweiten Klassen nur noch 6.<sup>6)</sup>

Die Folgen sind sichtbar: burn-out und steigende Zahl an SPF-Anträgen (Kinder müssen „fallen“ gelassen werden). Die Selektionsrate steigt also. Eine gute österreichische Tradition, die Selektion.

An unserer Schule steigen aber auch Frust, Unzufriedenheit und Unruhe, und das, obwohl wir es mit einem tadellosen BSI zu tun haben und die Solidarität innerhalb der KollegInnenschaft (inklusive Direktion) hoch ist.

An anderen Wiener Grundschulen ein ähnliches Bild.

### Unsichtbarkeit - keine Lobby

Dieses Bild der Unzufriedenheit der Wiener GrundschullehrerInnen dringt nicht an die Öffentlichkeit, weil wir weder in höheren PersonalvertreterInnengremien noch in höheren Gewerkschaftsgremien vertreten sind. So ist es.

An meiner Schule kennt niemand seine PersonalvertreterIn. Der GBA ist gänzlich unbekannt. Dabei sind fast alle KollegInnen GewerkschaftsmitgliederInnen. Unsichtbare eben. Wer oder was ist dafür verantwortlich? Welche Politik hat die GÖD in den letzten Jahrzehnten betrieben? Eine nach dem Motto: „Wir vertreten euch so gut wir können, aber bitte, belästigt's uns net!“ Oder ist es das sogenannte „Schwarze Loch“ in der GÖD <sup>7)</sup> das den Wiener LandeslehrerInnen auf Gewerkschaftsebene ein Landesgremium verweigert? Vertreten sind wir also nicht. Aber wir arbeiten. Und zwar viel mehr, als wir bezahlt bekommen.

### Arbeitsmoral

Vorweg: Der VolksschullehrerInnenberuf ist weiblich und unterbezahlt (und vice versa).

Wiener GrundschullehrerInnen haben also:

- höhere Bereitschaft zu emotionaler Betroffenheit und Selbstausschüttung: „Die armen Kinder können ja nichts dafür!“ (weiblich)
- kein entwickeltes gewerkschaftliches Bewusstsein (Politik der GÖD)
- geringes Selbstwertgefühl bedingt durch massive Ständedünkel innerhalb der Wiener LehrerInnenenschaft („VolksschullehrerInnen müssen nichts können außer Flöten spielen“) und deren Verinnerlichung (weiblich)
- Geringschätzung im öffentlichen Bewusstsein - intaktes Bild von Kindererziehung aus dem 19. Jahrhundert: „ Bis zu 10 Jahren können wir sie den Frauen schon überlassen, unsere Sprößlinge!“ (patriarchal)
- hohe Bereitschaft, Misserfolge als persönliches Versagen zu interpretieren (weiblich)

### Unsere Leistung. Was tun wir eigentlich?

1. An unserem Standort gibt es eine große Bereitschaft zur Weiterbildung in den verschiedensten Bereichen (Dramapäd., Musikpäd., Reformpäd., DaF/DaZ etc.). An anderen Wiener Grundschulen ein ähnliches Bild.

2. Wir GrundschullehrerInnen leisten den Löwenanteil im sog. Integrationsprozess.

Wir sind die erste und wichtigste Anlaufstelle für MigrantInnenfamilien im öffentlichen Bereich. Bei uns werden die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen Differenzen sichtbar wie nirgendwo sonst in unserer Gesellschaft: das sind mangelndes Bildungsbewusstsein als Ausdruck des wirtschaftlichen Status der Eltern bis zu offenem Patriarchat, was Mädchenbildung angeht.<sup>8)</sup>

Für diese sozial immens wichtige und wertvolle Arbeit (sozialer Frieden) werden wir in mehrfacher Hinsicht bestraft:

- **geringstes Einkommen innerhalb der LehrerInnenenschaft**
- **höchste Wochenarbeitszeit**
- **größte gesellschaftliche Geringschätzung**

Kein Wunder, dass es uns die Sprache verschlägt!

### Unsere Forderungen

Wenn wir weiterhin unsere Arbeit leisten sollen, dann brauchen wir massive öffentliche Unterstützung.

- **Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen auf 15 bis maximal 20**
- **mindestens 12 TeamlehrerInnenstunden pro Klasse bei entsprechendem Migrationshintergrund**
- **freiere Handhabung des Außerordentlichkeitsstatus**
- **5 bis 6-jährige Grundschulzeit ohne Jahresverlust**
- **interkulturelles Beratungsteam an jeder Schule**
- **Herabsetzung der wöchentlichen Lehrverpflichtung auf das Ausmaß anderer LehrerInnengruppen**
- **Aufhebung der Zweiteilung der LehrerInnen in pragmatisierte und vertragliche LehrerInnen und sichere Arbeitsverträge für alle**

Wer seinen Bildungs- und Erziehungsauftrag ernst nimmt, kann nicht weiterhin an der Produzierung von Chancenungleichheit arbeiten.<sup>9)</sup>

Oder wollen/brauchen wir Verhältnisse wie in Frankreich?

1) „Grundschule“ ist für mich der Begriff, der mein Arbeitsfeld weit besser beschreibt als das etwas

eigenartig klingende Wort „Volksschule“ - welches Volk ist da gemeint? - da wäre mir „Völkerschule“ schon lieber...

2) Studie de Cillia u.a.: Selbstvertrauen beeinflusst Spracherwerb, Wien 2005, siehe [www.dieuniversitaet-online.at/dossiers/beitrag/news/selbstvertrauen-beeinflusst-spracherwerb/367.html](http://www.dieuniversitaet-online.at/dossiers/beitrag/news/selbstvertrauen-beeinflusst-spracherwerb/367.html)

3) Tagung der ÖAW, Wien, Dezember 2005: Bildungsbenachteiligung und Migration in Österreich und im internationalen Vergleich; verschiedene Beiträge, u.a. Barbara herzog-Punzenberger eif/ÖAW, Johann Bacher, Univ. Linz, siehe [www.oeaw.ac.at/kmi/](http://www.oeaw.ac.at/kmi/), button veranstaltungen

4) Anne Unterwurzacher, Univ. Wien, siehe [www.derstandard.at/?url=/?id=2239768](http://www.derstandard.at/?url=/?id=2239768)

5) Ergebnisse der Österreichischen Armutskonferenz, siehe [www.armutskonferenz.at/armut\\_bildung\\_zukunft.htm](http://www.armutskonferenz.at/armut_bildung_zukunft.htm)

6) Siehe „Gesetzliche Grundlagen...“, Referat für Interkulturelles Lernen, Bildungsministerium Wien, siehe [www.bmbwk.gv.at/schulen/unterricht/Interkulturelles\\_Lernen1593.xml#Ge](http://www.bmbwk.gv.at/schulen/unterricht/Interkulturelles_Lernen1593.xml#Ge)

7) Zitat nach Christine Recht bei einer Gewerkschaftsschulung in der apflug, 6.3.1006

8) Vererbte Bildung, oe1-journal-panorama, 17. 1. 2006, siehe [www.oe1.orf.at/highlights/51187.html](http://www.oe1.orf.at/highlights/51187.html)

9) Johann Bacher, Universität Linz: Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund, siehe [www.soz.uni-linz.ac.at/aes/content/e50/e1512/index\\_ger.html](http://www.soz.uni-linz.ac.at/aes/content/e50/e1512/index_ger.html), merhere Studien

*Heidi Unterwurzacher,  
apfl, 13. IB*



## Neue Computer für alle!

*Hurra!?*



*Martin Muck  
apfl-Personalvertreter im DA d. 7. IB*

Mit klingenden Begriffen wie „Reinvest“ (= es wird endlich wieder Geld locker gemacht für eine zeitgemäße IT - Ausstattung) und „Rollout“ (= Auslieferung, Montage und Abholung der Altgeräte) wurde seitens des Stadtschulrates und der MA 56 versucht Euphorie und

Aufbruchsstimmung in der sorgengeplagten IT - Kustodengemeinde zu verbreiten.

Generalstabsmäßig geplant und mit ferrarigleicher Geschwindigkeit sollte dieses „Rollout“ vonstatten gehen. Nach zweimaliger Verschiebung ist es nun zum völligen Erliegen der Neuausstattung gekommen. Nichts mit Ferrari - eher Leiterwagerl - jetzt auch noch mit Achsbruch.

Auch vor Schildbürgerstreichen ist man nicht gefeit: so wurde mir zum Beispiel ein Termin für die PC-Lieferung bekannt gegeben und zwar drei Wochen **bevor** die Tische kommen hätten sollen.....

Verzögerung sei Dank, ist dieses Problem wenigstens „vom Tisch“.

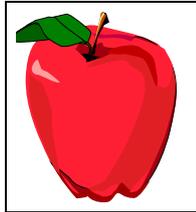
Alles ziemlich unangenehm. Was mir aber wirklich tiefe Sorgenfalten auf die Stirn treibt, ist die Tatsache, dass noch kein einziges Wort über die IT-Kustoden Abschlüge- derzeit 1,5 Stunden - verloren worden ist. In Hinkunft werden nämlich in jedem Informatiksaal statt 8 Geräten 16 Geräte stehen. Und sollte man eine Schule mit 12 Klassen oder mehr zu betreuen haben, dann sind es 32 Geräte, da man einen zweiten Informatiksaal ausgestattet bekommt. Sollte also bei doppeltem bzw. vierfachem Aufwand nicht auch über eine Anhebung der Abschlüge diskutiert werden? Oder wird wieder einmal so verfahren, dass Schlagworte wie „Qualitätssicherung“ nur hohle Phrasen bleiben, und die Arbeit der LehrerInnen wieder einmal mehr nicht honoriert wird. Wird man die Mehrstunden, die man für die Wartung aufzuwenden hat, ins Fass ohne Boden namens (W)C-Topf schreiben müssen?

Angesichts dieser Zustände kein Wunder, dass sich die Euphorie stark in Grenzen hält, und das Fragezeichen hinter dem „Hurra“ größer ist, als das Rufzeichen!



„K“ - wie

Kooperative  
Mittelschule  
<sup>1</sup>(KMS) oder  
Konkurrenz oder  
Knüppeldick?



Wien im Februar 06. - Nach der Einschreibungswoche zeichnet sich ab, dass viele Standorte eine Klasse - manche auch zwei - verlieren könnten. Wohlgemerkt, 'könnten', denn ob dieses Nennungsergebnis besonders aussagekräftig ist darf bezweifelt werden, nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen der Vorjahre.

Jedoch, eines steht schon fest. Nämlich wer schuld ist an der Misere, auch wenn diese nicht oder nur in abgeschwächter Form stattfinden sollte.

Um ganz deutlich zu werden: Die Verantwortung tragen ausschließlich die Lehrkräfte an jenen KMS, die einen Rückgang von Klassen zu verzeichnen hätten. Sie haben verabsäumt, die offensichtlichen Schritte zur Erhaltung ihrer Klassenzahl zu setzen, die ihnen Schulerhalter und Dienstbehörde seit langem an die Herzen legen.

Als da wären:

- 1) Lückenlose Umsetzung der KMS-Vorgaben. Also, Jahrgangsteams, intensives Teamteaching, alternative Leistungsbeurteilung, ständiger Projektunterricht, Teamfindung durch die Schulleitung usf.
- 2) Schul(standort)entwicklung - Erstellen eines markanten Schulprofils.
- 3) Präsentation von und Werbung für die Pkte 1 und 2 in jeder möglichen Form.

Denn...

(Der folgende, dickgedruckte Teil ist geeignet, ausgeschnitten und in LehrerInnenstamm- bücher eingeklebt zu werden.)

**...die Lehrkräfte müssen endlich verstehen, dass die Zeiten sich geändert haben und dass KMS-Standorte - wie andere Betriebe auch - im freien Wettbewerb stehen. Sie konkurrieren um SchülerInnenzuwachs, einerseits gegeneinander, durch ein hohes Ausmaß an Umsetzung der Punkte 1 bis 3, woraus - früher oder auch später - eine erhebliche Verbesserung der Qualität des Unterrichts, sowie eine erhöhte Attraktivität der KMS für Eltern resultieren muss.**

**Andererseits konkurrenzieren die dermaßen optimierten KMS auch die Unterstufe der AHS, und zwar mit dem Ziel, den stetigen SchülerInnenverlust in Richtung AHS zu beenden oder gleich ins Gegenteil zu verkehren.**

(Hierbei müssen allerdings noch leichte Anlaufschwierigkeiten eingeräumt werden. Daher auch das enttäuschende heurige KMS- Anmeldungsergebnis.)

**Entscheidend ist, dass allen Lehrkräften klar wird, dass der Erfolg dieser Bemühung ausschließlich davon abhängt, inwieweit es an den KMS gelingt, die Arbeit zu intensivieren, dies nach außen darzustellen und so die eigene Schule günstig im Konkurrenzkampf zu positionieren. Der freie Wettbewerb wird auf diese Weise auch im Bildungsbereich zur Triebfeder von Innovation und Qualitätsverbesserung. Jeder Schulstandort hat das Recht - ja, geradezu die Pflicht, von der Freiheit sich erfolgreich zu profilieren Gebrauch zu machen und so eigenverantwortlich sein Fortbestehen zu sichern. Amen.**

Tja, KollegInnen. Damit wäre wohl alles klar. Wenn ihr euren KMS-Standort sichern wollt, dann habt ihr dazu nur diese eine Möglichkeit.

Also, Ärmeln hochkrempeln und los zur nächsten Teamsitzung, zum Projekte planen, durchführen, dokumentieren, evaluieren, fotografieren, präsentieren..... Und wenn ihr damit fertig seid, muss schon das nächste Projekt kommen, da sollt ihr euch keiner Illusion hingeben.

Übrigens, wenn es trotz der ganzen Arbeit nichts bringt und die Schule doch kleiner wird, seid natürlich wieder ihr selber schuld. Dann habt ihr halt das Ganze nicht gut genug gemacht. Dann wird es heißen, „Zurück an den Start!“ Hoffentlich.

So ist das eben im freien Wettbewerb. Den oder die Letzten beißen die Hunde, oder in unserem Fall die AHS, die sich erdreisten auch genug SchülerInnen haben zu wollen und deswegen auf manch gar böse List verfallen. Zum Beispiel, Kinder mit schlechtem VS- Zeugnis aufzunehmen. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass das Produkt KMS vielerorts bei den Eltern noch nicht richtig platziert werden konnte. Die wollen einfach nicht verstehen, dass es gut für ihr Kind ist, wenn es in Englisch, Deutsch und Mathe bestenfalls einen KMS-Sternderl-Dreier bekommen soll.

Oder sie glauben einfach nicht, dass die Unterrichtsqualität sich alleine deswegen verbessert hat, weil die HS jetzt KMS heißt und obwohl der Schultyp in letzter Zeit ressourcenmäßig ausgehungert wurde. Sehr störrisch von ihnen.

Um derartige Überlegungen können sich jedoch die Wettbewerbs-Lehrkräfte und Schulleitungen an den KMS nicht kümmern. Ihnen bleibt nur, ihr Heil und das ihrer Schule auf dem eben beschriebenen Weg zu suchen. Das wird nicht leicht, sie werden sich eben mehr anstrengen müssen, haben aber immerhin das Recht, die dafür notwendige unbezahlte Mehrarbeit in ihrer C-Topf Stundenliste genau zu vermerken.

**Und Jetzt?**

Nun, aufmerksame LeserInnen haben sicher schon bemerkt, wohin die obige Analyse nur führen kann.

Richtig! An dieser Stelle muss Schulerhalter und Dienstbehörde Dank ausgesprochen werden. Und zwar dafür, dass sie die ehemaligen Hauptschulen in ihrer tristen Situation nicht hängen ließen, sondern sie auf das Licht am Ende des Tunnels, den Silberstreif am Horizont hinwiesen, und den Lehrkräften durch das Projekt KMS im Rahmen der Schulautonomie die Möglichkeit eröffneten, durch engagierten und eigenverantwortlichen Einsatz, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, im Wettbewerb zu bestehen und so ihre Schulstandorte - vielleicht - sichern zu können. Garantien kann es natürlich keine geben!

Auch wir von **apfl** sind darob sehr gerührt und wollen diesbezüglich unseren Beitrag leisten. Deshalb stellen wir im folgenden einen Musterbrief zur Verfügung, mittels dessen Lehrkräfte ihrer Dankbarkeit Ausdruck verleihen können.

**Brief**

Liebe Dienstbehörde!  
Lieber Schulerhalter!

Wir möchten Euch von Herzen dafür danken, dass Ihr uns die Möglichkeit gebt, unseren Schulstandort im Rahmen der KMS weiter zu entwickeln und so unsere Chancen im Konkurrenzkampf gegen andere Schulen zu verbessern.

Wir sind hoch erfreut darüber, uns im freien und fairen Wettbewerb beweisen zu dürfen und so - vielleicht - den Fortbestand unserer Schule zu sichern.

Die dafür erforderliche Mehrarbeit werden wir gerne und unentgeltlich verrichten. Wir ersuchen ausdrücklich darum, den eingeschlagenen Weg beizubehalten und ihn nicht durch wettbewerbsverzerrende Maßnahmen aufzuweichen.

Keinesfalls darf von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die befruchtende Konkurrenz zwischen den Schulstandorten und Schultypen zu regulieren oder am Ende sogar größtmögliche Arbeitsplatzsicherheit für alle VertragslehrerInnen anzustreben. Dies würde eindeutig der Motivation aller Beteiligten abträglich sein. Wo kämen wir denn auch hin, wenn niemand ihren/seinen Job verlieren könnte?

Auch wollen wir Euch danken für Eure mutige Weigerung, zusätzlich zum Bundesbudget, Mittel des Landes Wien für den APS-Bereich zur Verfügung zu stellen. Es ist uns zwar bewusst, dass dies in anderen Bundesländern durchaus üblich ist, für uns kommt jedoch eine derartige Kostenübernahme nicht in Frage. Wir werden mit den Problemen auch so fertig.

Zuletzt muss natürlich auch Euer Verhandlungsgeschick in Sachen Finanzausgleichsgesetz 2004 gewürdigt werden. Durch seine Zustimmung hat das Land Wien mitgeholfen sicherzustellen, dass die Bundesmittel für den APS-Bereich bis 2009 starr an die Entwicklung der SchülerInnenzahlen gekoppelt bleiben, wodurch sie sich kontinuierlich verringern werden.

In tief empfundener Dankbarkeit

Name der Redaktion bekannt

1) Seit einigen Jahren werden alle Wiener Hauptschulen außer einer KMSgenannt.



## Rauchen?

*Ja! - Aber im Regen*

**Besorgte VoksvertreterInnen**

Ganz trendig gibt sich der Gesetzgeber. Rundum in Europa sagt man negativen Umwelteinflüssen den Kampf an. Zum Schutz der Gesundheit der Bürger. Die

arme Bevölkerung muss vor individuellem Leid durch Krankheit bewahrt werden. Auf diese Sicht soll die Öffentlichkeit eingeschworen werden. Hauptangriffspunkt der Schützer: Die Zigarette. Jahrzehnte lang vom Staat forciertes

- da im Staatsmonopol als legale Droge hergestelltes - Produkt, ist ab nun Staatsfeind Nummer eins.

Nun, es wird niemand bestreiten, dass Rauchen nicht gesundheitsfördernd ist. In diesem Punkt steht es aber in guter Gesellschaft mit vielen anderen lieben Gewohnheiten und tolerierten Süchten unserer Zeit bzw. Gesellschaft.

(Speisesucht mit allen daraus folgenden Schäden der Fettleibigkeit, Trunksucht mit fürchterlichen Folgeschäden oder sogar sofortigem Tod durch Unfall, Spielsucht mit finanziellem Ruin und dramatischen Auswirkungen auf des Spielers Umfeld etc. etc)

Jetzt steht aber des Bürgers Lunge im Mittelpunkt des medizinischen Interesses. Ein Bedrohungsszenario ist rasch entworfen.

- Feinstaub, der allgegenwärtige und kaum fassbare Feind,
- der Tabakrauch und natürlich
- diverse Viren, die Atemwegserkrankungen mit Auswirkungen auf die Lunge haben - wie SARS, Vogelgrippe etc.

### **Lauter Widersprüche**

So leicht kann man den Gewaltigen die Sorge um's Volk nicht abnehmen. Denn rundum gibt es dabei nur Widersprüche. Ein Ministerium wettet gegen irgendwelche Schädlinge und zur gleichen Zeit wird von einem andren nichts gegen die Werbung dafür unternommen. (Beispiel Feinstaub: Tempo 50 contra 160)

Was aber locker geglaubt werden darf, ist die umbändige Lust Geld am Volk zu verdienen. Gesundheit ist wie eh und je hoch im Kurs. Die Angst sie zu verlieren

muss also geschürt werden und schon rollt der Euro. Das bringt mehrfachen Nutzen:

- finanziellen Gewinn
- Ablenkung der Aufmerksamkeit von anderen Ungereimtheiten in der Gesellschaft hin zur Beschäftigung nur mit sich selbst und letztlich
- Teilung der Bevölkerung in Verursacher und Leidtragende - heißt: Entsolidarisierung. Wobei man aber genau untersuchen muss ob ein „X“ auch wirklich ein „X“ ist und nicht vielleicht doch ein „U“.

### Zurück zum Rauchen in der Schule

Das „Teile und Herrsche“ aus der Vorzeit funktioniert immer noch prächtig. Mit Schadenfreude wurde von NichtraucherInnen die Kunde vernommen, dass den RaucherInnen ab nun die ohnehin meist unwürdigen Kammerln auch noch verwehrt werden. Ab jetzt heißt es vor der Schule, womöglich zu unwirtschaftlichen Bedingungen der Sucht zu frönen. „Jawohl, so g'hört sich's“ kann man hören. „Jahrelang musste ich im Rauch sitzen. Jetzt krieg'n sie's zurück.“ Also keine Solidarität gegen eine eher fragwürdige Entscheidung, die an Pharisäertum stark erinnert. Der Staat verbietet seinen Dienern in den Amtsräumen zu rauchen, obwohl damit das vorgeschobene Motiv, das Rauchen einzudämmen, sicher nicht erreicht wird. Zur gleichen Zeit wird eine große Werbekampagne für Zigaretten gestartet, die auf jeder Einfahrtsstraße den Glimmstängel und seinen Wohlgeschmack rühmt. Der Gipfel der Scheinheiligkeit ist aber, dass im Reich des unbeschränkten Warenverkehrs und Handels der freie Wettbewerb durch Preiskonkurrenz unterbunden wird. Damit der Finanzminister ja gut an der Sucht verdienen kann, bekämpft er Billigzigaretten aus dem Ausland mit einem Mindestpreisdiktat. Womit klar ist, was Sache ist. Sollte sich wirklich jemand das Rauchen abgewöhnen, sollen die Einnahmen nicht geschmälert werden. Zu

erwarten ist aber eher eine Zunahme der Einkünfte.

### Suche nach Auswegen

Nachdem das Tabakgesetz zwingend vorschreibt, dass in Gebäuden, in denen Kinder oder Jugendliche unterrichtet werden nirgends und von niemandem geraucht werden darf, bemühten sich findige NichtraucherInnen um Auswege aus der Misere. Einen davon schien der Passus der „Privaträume“ zu bieten. Dazu gibt es allerdings eine Rechtsauskunft eines Gewerkschaftsjuristen, die diese Hoffnung zunichte macht.

Würde ein Raum an dritte Personen vom Schulerhalter vermietet werden, um dann als Privatraum zu gelten, wäre dies als „Umgehungshandlung“ zu sehen und „sittenwidrig“ und damit „gesetzwidrig“. Außerdem würde ein Anmieten eines Raums durch einen Dritten bereits am Schulerhalter scheitern und der Direktor ist ja nicht berechtigt, von sich aus zu vermieten.

Interessant ist aber auch, dass das Tabakgesetz keine Sanktionen gegen Verstöße beinhaltet. Es ist daher bei Verstößen keinerlei Strafe seitens dieses Gesetzes zu erwarten. Allerdings *könnte* der Dienstgeber das Rauchen als eine „Dienstpfllichtsverletzung“ ahnden.

Bleibe nur noch die Hoffnung, dass sich die Interessensvertretung der RaucherInnen in ihrer Not annimmt. Natürlich ist dieses Problem nicht das vordringlichste der Gewerkschaft, aber immerhin gibt es eben diese tolerierte Sucht in unserer Gesellschaft und eine nicht zu unterschätzende Anzahl an KollegInnen ist davon betroffen. Ihre Lebensqualität ist durch diese Maßnahme erheblich beeinträchtigt und die Arbeitssituation ebenfalls. Die Gewerkschaft winkt allerdings ab. Grund: Da alle Parteien unisono das Gesetz beschlossen haben besteht keine Chance auf Erfolg.

Gaby Bogdan,  
apfl-Personalvertreterin,  
6. IB



